

Blocher und Minder sind sich seit jeher einig

Der Nationalrat berät am Donnerstag die Abzocker-Initiative. Diese Debatte wird auch zeigen, ob der Einigungsvorschlag von Thomas Minder und Christoph Blocher im Parlament eine Chance hat – ein Vorschlag, dessen Ursprung im Jahr 2003 liegt.

VON **CLAUDIO KUSTER**

Eigentlich ist die Einigungslösung zwischen der SVP Schweiz und dem Initiativkomitee «Gegen die Abzockerei» nicht erst vor einigen Wochen und Monaten entstanden, wie zuletzt zu lesen war. Doch dies wissen die beiden Protagonisten wahrscheinlich nicht einmal mehr selbst. Freilich, das Mitte Februar präsentierte Papier – besser bekannt unter dem Etikett ihrer Galionsfiguren: «Blocher/Minder» – nahm erst vor Kurzem seine konkrete Gestalt an. Das Feilschen und Ringen um die einzelnen 24 Forderungen des Volksbegehrens geschah an etlichen kalten Januartagen dieses Jahres. Streitpunkt: Welche Forderungen – und in welcher Form – müssten in den Pakt übernommen werden, um uns Initianten zufriedenzustellen, damit wir auf die Volksabstimmung verzichten? Abfahrt: Neuhausen am Rheinfall. Ankunft: Mändorf am Zürichsee.

Nein, wirklich entstanden, zumindest in ihrem Geiste geboren, ist diese Übereinkunft bereits am 6. Juni 2003, in der Zeit nach Debakeln mit ABB, Credit Suisse, Zurich, Swissair, als für das Prädikat «Abzocker» ein einstelliges Millionensalär noch vollends genügte. Hoch vertraulich? Im Gegenteil, zu erwerben an jedem Kiosk für fünf Franken: Im Anlegermagazin «Stocks», Titelstory «Hohe Managerlöhne, magere Leistung». Christoph Blocher spricht darin Klartext zum Thema Aktionärsdemokratie und Corporate Governance (etwa: Führungsstrukturen und -kontrolle), beziehungsweise darüber, was alles geändert werden müsste, damit jene Konzepte ihrer Namen gerecht würden. Sein Forderungskatalog: endlich Transparenz bei Bonus, Optionen und Renten. Abschaffung der Organ- und Depotstimmen (etwa: Vertretung der Stimmen durch Verwaltungsrat und Banken). Weniger verfilzte Pensionskassen. Die Generalversammlung soll über die Entschädigung von Verwaltungsräten und der Geschäftsleitung bestimmen können. Natürlich keine Abgangsentschädigungen! Und nochmals: mehr Transparenz. Der damalige Nationalrat Blocher wusste seinerzeit so wenig, wie er ein paar Monate später zum Bundesrat gewählt werden sollte, dass er damit ein Manifest zuhänden eines vom Swissair-Grounding erschütterten Kleinunternehmers vorgelegt hatte. Der Steilpass konnte von Thomas Minder in seinem Kampf gegen Missmanagement und Abzocker zwar erst ein paar Jahre später verwertet werden. Dafür mittels

Lancierung einer mit ebendiesen Forderungen versehenen Volksinitiative alsdann umso treffsicherer.

Zurück ins Jahr zwei nach der Finanzkernschmelze, 19. Januar 2010: Tausende von Arbeitsplätzen seien aufgrund der Abzocker-Initiative bedroht, frotzelt die CVP. Gleichzeitig will sie sich ihrerseits mit einem direkten Gegenvorschlag (Kategorie: Selbstregulierung) auf Verfassungsstufe profilieren. Dass ihr Präsident Darbellay vor einiger Zeit noch verlauten liess, solche Regelungen gehörten nicht in die Verfassung, mag wohl kaum jemanden erstaunen. Es ist nicht bloss verständlich, dass unsere Parlamentarier nach Annahme von Volksinitiativen gegen Minarete, Pädophile und Gentech – im Vorfeld einer ebenso populären gegen Abzocker – sensibler auf die Temperatur im Volk reagieren. Es ist geradezu deren Pflicht. Wenn indessen hernach zu Mitteln gegriffen wird, die nicht juristischem Sachverstand und Kohärenz, sondern parteitaktischem Kalkül entsprechen, so kommt dies einem Missbrauch der parlamentarischen Instrumente gleich. So weiss auch Darbellay: In der 119-jährigen Geschichte der eidgenössischen Volksinitiative wurde diese lediglich zweimal angenommen, wenn gleichzeitig ein direkter Gegenvorschlag vorlag. Solch listige Spielereien waren sodann auch Blocher und Minder zuwider und dienten als Katalysator zur definitiven Einigung, genauer: Wiedervereinigung. Als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative konzipiert, soll sie direkt ins Aktienrecht eingebracht werden, zumal sich

dort beide wohler fühlen: Der ehemalige Justizminister könnte dadurch seine Ende 2007 von gleichen Kreisen abrupt unterbrochene Gesetzesrevision noch zu einem Ende bringen. Der Initiant seinerseits erkennt darin ein schnelleres Inkrafttreten, im Gegensatz zum langwierigen Prozedere via Abstimmungskampf, ungewissen Urnengang, Verfassungsartikel, Übergangsbestimmung, «nochmaliges Öffnen der Schublade Aktienrecht» und sonstige ungeahnte Verzögerungen.

Es floss Kaffee, aber kein Geld

So wurden aus den kalten Januartagen vermehrt noch kältere Winterabende und -nächte, bis am 10. Februar schliesslich die heute vorliegende Einigungslösung präsentiert werden konnte. Eine Win-win-Situation, wenn Genosse Levrat «Minder ging Blocher auf den Leim!» schreit und FDP-Chef Pelli «Minder zog Blocher über den Tisch!» erwidert. Übrigens: Nein, Geld floss keines (nur reichlich Kaffee), keine einzige Trybol-Aktie wechselte die Hand (nicht einmal eine Tube Kräuterpasta), und auch kein politisches Mandat wurde mit Minder vereinbart («zu viel Hickhack, zu viel Hüst und Hott»). – Ob das «Stocks»-Magazin anno 2003 bald an der Neuhauser Rheinstrasse eingerahmt wird oder weiterhin in seiner Schublade schlummert, wird womöglich bereits die Debatte am Donnerstag im Nationalrat zeigen.

Claudio Kuster ist Co-Initiant und Sekretär Volksinitiative «Gegen die Abzockerei».